



Themen in dieser Ausgabe:

- 100 Jahre Ausbruch des 1. Weltkriegs: Die deutschen Kriegsziele
- Wenn die BBC Weltkriegsexperten zu Wort kommen läßt
- Das beste Deutschland, das wir kennen?
- Anwälte der Königin sind gefragt in Australien

Jahr 9, Ausgabe 2

09.02.14

Bezieher: 670

100 Jahre Ausbruch des 1. Weltkriegs: Die deutschen Kriegsziele

Über die Kriegszielpolitik, die Deutschland während des 1. Weltkriegs verfolgt hat, ist oft Abenteuerliches geschrieben worden, etwa bei jenen Autoren, die krampfhaft versuchen, sie als den Vorläufer der Lebensraumpolitik *Hitlers* darzustellen. Andere Autoren nennen stets die Programme der Alldeutschen. Den rechten Flügel der deutschen Rechten als Bestimmer der tatsächlichen Politik im Kaiserreich betrachten zu wollen, ist aber ungefähr so seriös, wie in 100 Jahren das Parteiprogramm der NPD als Beleg dafür heranzuziehen, wie ausländerfeindlich unsere Zeit doch war. Die vermeintlichen aggressiven Kriegsziele sind für Gegner des Kaiserreichs dabei ein essentieller Baustein um es zu diskreditieren, denn mit ihnen läßt sich eine Kriegsschuld viel besser herleiten, als ohne sie, oder aber eben eine Linie zu *Hitler* ziehen.

Was aber waren die deutschen Kriegsziele? Die Antwort ist gar nicht so einfach. Während Frankreich mit Elsaß-Lothringen, Österreich-Ungarn und das Osmanische Reich mit der Verhinderung des Zusammenbruchs ihrer Staaten und England mit der Rückgewinnung der wirtschaftlichen Vorherrschaft recht klare Vorstellungen von dem hatten, was sie wollten, war dies zu Beginn des Krieges in Deutschland politisch nicht der Fall. Militärisch wird manchmal die sicher richtige Überlegung ins Spiel gebracht, daß Deutschland den Rüstungswettlauf auf die Dauer verlieren würde und Teilen des Generalstabs daher eine schnelle Auseinandersetzung wünschenswert erschien. Für einen Präventivschlag gab es ja durch den Siebenjährigen Krieg *Friedrichs des Großen* durchaus auch erfolgreiche Beispiele in der preußisch-deutschen Geschichte. Ob dies aber ausreichte? Im frühen 20. Jahrhundert war die Außenpolitik schon lange in der Hand vieler und hätten einige von ihnen Vabanque spielen wollen wie *Friedrich*, wäre dies nicht so ohne weiteres möglich gewesen.

Ziele der Auseinandersetzung wurden in Deutschland eigentlich erst nach Beginn des Krieges festgelegt: Ein paar Kolonien sollten es sein, eine mehr oder weniger starke Präsenz in Belgien und Nordfrankreich und damit eine Garantie dafür, daß sich ein Zweifrontenkrieg nicht wiederholen sollte. Auch von einer deutschen Hegemonie in Europa war die Rede. Als die Front im Westen erstarb, wandte man den Blick nach Osten zum Baltikum und nach Polen. Immer wieder jedoch wird von fast allen betont, daß die deutsche Politik hierzu widersprüchlich und zusammenhangslos war, was eben nochmals ein Beleg dafür ist, daß es im Vorfeld keine Überlegungen hierzu gab, die eine Mehrheit der damaligen deutschen Führung hinter sich gehabt hätten.

Als praktisches Beispiel für die harte und expansionistische deutsche Politik, die auch das Versailler Diktat gerechtfertigt habe, wird schließlich immer wieder der Friede von Brest-Litowsk vom März 1918 angeführt, welchen die Mittelmächte mit *Lenins* Rußland schlossen. Anders als in Versailles saß der unterlegene Kriegsgegner in Brest-Litowsk jedoch mit am Verhandlungstisch – wie dies übrigens seit dem 30-jährigen Krieg in Europa Sitte und erst in Versailles nicht mehr so war. *Lenin* hätte außerdem auf mildere Bedingungen hoffen können, hätte sein Mittelsmann *Trotzki* die Verhandlungen mit den mit Blick auf die Freisetzung von Truppen für die Westfront sehr unter Druck stehenden Mittelmächten nicht immer wieder absichtlich verzögert. Wie Osteuropa ausgesehen hätte, wäre dem Vertrag von Brest-Litowsk dauerhaft Bestand beschieden gewesen, kann man nur ahnen: Unabhängigkeit für die Ukraine, Polen, das Baltikum und Finnland unter deutschen Fürsten und mit enger Anbindung an Deutschland. Diese Bedingungen waren für den Nachfolger des alten Zarenreichs also durchaus hart, waren jedoch auch Ergebnisse, die sich erst zum Ende des Krieges herauskristallisierten, während *Kaiser Wilhelm II.* noch sehr lange nach Kriegsausbruch gerade von der Möglichkeit eines Separatfriedens mit seinem Vetter *Nikolaus II.* auf Basis des Status quo überzeugt war.

In bezug auf die Kriegsschuldfrage ist daher die Frage, ob eine Nation, die eigentlich keine „natürlichen“ Kriegsziele wie Frankreich besaß und wirtschaftlich wie politisch auch ohne den Sieg in einer hypothetischen militärischen Auseinandersetzung in einer Blüte stand, nichts Besseres zu tun hat, als einen Krieg vom Zaum zu brechen. L.R.



In dieser Karikatur von 1915 wird von der Entente ein Weltherrschaftsanspruch Deutschlands suggeriert. Tatsächlich gab es Gedanken zu einer deutschen Hegemonie in Europa, diese entwickelten sich jedoch erst nach Kriegsausbruch.

Wenn die BBC Weltkriegsexperten zu Wort kommen läßt

Die Fernsehkanäle füllen sich nicht nur in Deutschland mit Sendungen zum 1. Weltkrieg und seiner Vorgeschichte. Die BBC, die gerne als Vorbild aller öffentlich-rechtlichen Programme gesehen wird, hat sich der Verwandtschaftsgrade der drei wichtigsten Monarchen angenommen. *Kaiser Wilhelm II.* und *König Georg V.* von Großbritannien waren durch Mutter beziehungsweise Vater Cousins. Die Mütter von *König Georg V.* und *Zar Nikolaus II.* waren Schwestern. Die These, die die BBC in der zweiteiligen Dokumentation [Royal Cousins at War](#) entwirft

ist simpel: Der Kaiser war der böse Vetter, mit dem niemand spielen wollte. Deshalb sann er auf Rache und trieb die ganze Welt in einen Krieg. Was sich wie das Drehbuch eines kitschigen Hollywood-Schinkens anhört, wurde tatsächlich so von der BBC gesendet. Alle verfügbaren Dokumente und Experten (*John Röhl!*) wurden vor die Kamera gezogen, um diese These zu untermauern. Der preußische Vetter sei nie in die dänische Sommerfrische eingeladen worden, weil die dänische Königsfamilie dem südlichen Verwandten nicht verzeihen wollte,

daß *Bismarck* Dänemark überfiel und diesem Schleswig und Holstein raubte. Bei gelegentlichen Treffen in Großbritannien habe der Kaiser Scherze auf Kosten anderer Verwandter gespielt, was noch mehr zur Entfremdung beigetragen und Rußland in die Arme Großbritanniens getrieben hätte. Den Autoren von *Royal Cousins at War* kann die Lektüre von *Christopher Clarks* Meisterwerk [Die Schlafwandler](#) nur wärmstens ans Herz gelegt werden. Geschichte ist ein wenig komplizierter als es sich Fernsehredakteure offenbar vorstellen können. H. S.

Das beste Deutschland, das wir kennen?



Von der katholischen Kirche wurde wieder eine Königin seligg gesprochen. Am 25. Januar nahm Kardinal Angelo Amato stellvertretend für Papst Franziskus in Neapel die Zeremonie für [Königin Maria Cristina Beider Sizilien](#) vor. Sie kam 1812 als jüngste Tochter von König Viktor Emanuel I. von Sardinien-Piemont und dessen Gemahlin Maria Theresia, geborene Erzherzogin von Österreich-Este, zur Welt. 1832 heiratete sie König Ferdinand II. Beider Sizilien. Ihre Untertanen verehrten die Monarchin wegen ihrer Bescheidenheit und Demut. 15 Tage nach der Geburt ihres ersten Sohns, des zukünftigen Königs Franz II., starb Maria Cristina am 31. Januar 1836.

In seiner [Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz](#) sprach Bundespräsident Gauck einen Satz, der später als Überschrift viele Artikel zierte: „Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir kennen.“ Gemeint war mit dem besten Deutschland die Bundesrepublik und die Aussage leitete die Aufforderung an die deutsche Politik ein, das Land auch militärisch eine bedeutendere Rolle in der Welt spielen zu lassen.

Gauck relativiert das „beste Deutschland“ zwar während seiner Rede: Er selbst könne das sagen, weil er im Nationalsozialismus geboren worden ist und dann die Nachkriegszeit erlebt hat. (Die DDR nennt er interessanterweise nicht.) Und in der Tat ist es ja nun einmal leider so, daß sich eigentlich kein Deutscher noch persönlich an das Kaiserreich erinnern kann, weswegen in Gaucks Aussage durchaus auch ein Quentchen Wahrheit steckt. Am Ende verrät Gauck aber dann doch seine Weltsicht: „Seit sechs Jahrzehnten gelten Bürger- und Menschenrechte. Seit sechs Jahrzehnten existiert die Herrschaft des Rechts. Auch Wohlstand und innere Sicherheit prägen das Land. Es existiert eine lebendige Zivilgesellschaft, die Fehler erkennt und helfen kann, sie zu korrigieren. Niemals in der Geschichte der Nation gab es eine solche Zeit.“ Herrschaft des Rechts, Wohlstand, innere Sicherheit, Bürgerrechte und eine Gesellschaft, die das Recht auf freie Meinungsäußerung hatte, gab es aber schon viel früher als 1949. Wer etwa glaubt, daß das Deutsche Kaiserreich unfrei gewesen sei, dem sei

entgegengehalten, daß ein Werk wie „Der Unterthan“ von Heinrich Mann mitten im Kriege erscheinen durfte. Die Herrschaft des Rechts begann in Preußen schon mit dem Corpus Juris Fridericianum und dem Allgemeinen Preußischen Landrecht, im Kaiserreich wurde dann das BGB eingeführt. Wohlstand gab es im Zuge der Gründerzeit allemal, und daß das Kaiserreich Probleme mit der inneren Sicherheit hatte, ist nicht bekannt. Hätte man außerdem die Menschen noch in den frühen 60er Jahren gefragt, was das beste Deutschland für sie gewesen sei, hätte noch eine Mehrheit das Kaiserreich genannt.

Die Regierenden aller Länder haben zu allen Zeiten versucht, sich selbst als das non plus ultra darzustellen. Insofern ist Gaucks Aussage nichts weiter, als ein billiger Marketingtrick, der jedoch gefährlich wird, wenn man an ihn glaubt: Wir haben korrupte Politiker, wie es uns jüngst von der EU attestiert wurde? Ja schon, aber wir leben doch trotzdem im bestmöglichen Deutschland. Die Parteien und Verbände schalten und walten ohne jegliche Kontrolle? Ja schon, aber wir leben doch trotzdem im bestmöglichen Deutschland. Posten im Staatsdienst werden nicht nach Leistung, sondern durch Mausehelei und Quoten vergeben? Ja schon, aber es gab ja auch Zeiten, wo wir schlimmere Regierende hatten. Ob Gauck wohl Voltaires „Candide“ gelesen hat, wo genau diese Haltung verspottet wird? Es darf bezweifelt werden. L.R.

Anwälte der Königin sind gefragt in Australien



Die Krone im Zentrum: Das Emblem des Gouverneurs von Queensland, der die Königin vertritt.

Vor einer Woche wurde in Australien eine [neue Umfrage](#) veröffentlicht, die den Monarchisten zur Freude gereicht: Die republikanische Gesinnung des Wahlvolks ist auf einen zwanzigjährigen Tiefpunkt abgerutscht. In der Altersgruppe der 18- bis 34-jährigen haben die Königstreuen einen vierprozentigen Vorsprung.

Drei Tage nach dieser positiven Nachricht wurde ein Beschluß der Landesregierung des Bundesstaats Victoria bekannt, der von den Monarchisten mit Genugtuung gut aufgenommen wurde: Die erfahrenen Rechtsanwälte des Landes können künftig wieder damit rechnen, daß ihnen der [Ehrentitel Queen's Counsel](#), QC (beim nächsten Thronwechsel *King's Counsel*, KG) verliehen wird. Die im angelsächsischen Bereich sehr angesehene Auszeichnung ist kein belangloser Namenszusatz, sondern er bedeutet Anerkennung, doch auch guten Umsatz. Ein *Queen's Counsel* wird gerne von Ratsuchenden mit ihren Fällen bedacht, denn er zeigt an, daß der Namensträger ein mit allen Wassern gewaschener Jurist ist und sich vor Gericht bewährt hat.

Politikern der Labor Party und auch republikanischen Liberalen war der Bezug zur Krone immer ein Dorn im Auge, weshalb in fast allen australischen Bundesstaaten in den 1990er Jahren der *Queen's Counsel* durch den *Senior Counsel*, SC ersetzt wurde. Im Bundesstaat Queensland begann die Gegenbewegung. Dort wurde [2013 der Queen's Counsel wieder eingeführt](#) und alle 73 Juristen, denen seit 1994 der *Senior Counsel*-Titel verliehen wurde, erhielten die Möglichkeit zum Wechsel. Sage und schreibe 70 von ihnen machten davon Gebrauch und tauschten ihr SC gegen QC aus. Es geht eben nichts über einen [jahrhundertalten Titel, der z. B. während der Personalunion auch im Königreich Hannover](#) verliehen wurde. Viele klagten, mit SC verbinde die Bevölkerung nichts Positives, höchstens vielleicht ein nichtssagendes *Special Counsel*. Niemand würde behaupten, die Juristen Australiens wären besonders treue Anhänger der Krone, aber diese kleine Änderung zeigt, was im Alltagsleben das Prestige der Krone bedeutet. Wieviele der bisherigen *Senior Counsels* in Victoria einen Wechsel zum *Queen's Counsel* beantragen werden, bleibt anzuhängen. Inzwischen wächst der Druck auf die anderen Landesregierung, den beiden Beispielen zu folgen und die Königin wieder sichtbar zu machen. H.S.

Noam Chomsky:

Wenn man nicht an die Meinungsfreiheit für die Leute glaubt, die man verachtet, glaubt man überhaupt nicht an sie.

Tage:

- 19. Februar 1914: In Paris endet die Reise des künftigen [Fürsten von Albanien, Prinz Wilhelm zu Wied](#), durch Europas Hauptstädte der europäischen Großmächte.
- 20. Februar 1964: Der erkrankte griechische König Paul I. ernennt Kronprinz Konstantin zum Regenten.
- 26. Februar 1954: *Prinz Ernst August von Hannover

Impressum:

Herausgeber: Bund aufrechter Monarchisten, Pasteurstraße 32, 10407 Berlin, **E-Mail:** corona_redaktion@yahoo.com

Autorenverantwortung: Für namentlich oder mit Initialen gekennzeichnete Artikel ist der Autor alleinverantwortlich.

Erscheinungsweise: Der Rundbrief erscheint alle drei Wochen.

Bezugsweise: Die pdf-Datei ist kostenlos erhältlich. Interessenten wenden sich an die Redaktionsadresse, um sich in die Verteilerkartei eintragen zu lassen. Webseite zum Herunterladen aller Corona-Ausgaben: <https://coronanachrichten.wordpress.com>, Kontakt auf [Facebook](#)

Copyright: Alle Rechte an den Artikel liegen bei der Redaktion und den Autoren. Nachdruck oder elektronische Verbreitung einzelner Artikel ist nur mit Zustimmung der Redaktion sowie des Autors möglich. Die unveränderte Weitergabe des Rundbriefs ist gestattet. Leserbriefe und Beiträge zur Veröffentlichung in **Corona** bitte an: corona_redaktion@yahoo.com; Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 8. Februar 2014